

Der „Neue Kurs“

Studien des Forschungsverbundes SED-Staat  
an der Freien Universität Berlin

Herausgegeben von  
Klaus Schroeder und Manfred Wilke

# Satelliten nach Stalins Tod

Der „Neue Kurs“  
17. Juni 1953 in der DDR  
Ungarische Revolution 1956

Herausgegeben von  
András B. Hegedüs und  
Manfred Wilke



Akademie Verlag

Titelfotos: Die auf dem Einband verwendeten Fotos zeigen den Kopf des gestürzten Stalin-Denkmal in Budapest 1956 sowie die Ehrenwache der FDJ für Stalin.

Quellen: Fotoarchiv des Institutes 1956 Budapest/SAPMO/BArch, Bild Y 10-26/00 N

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Satelliten nach Stalins Tod : der „neue Kurs“ ; 17. Juni 1953 in der DDR,  
ungarische Revolution 1956 / András B. Hegedüs ; Manfred Wilke (Hg.). –  
Berlin : Akad. Verl., 2000

(Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)  
ISBN 3-05-003541-2

ISSN 0946-9052

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2000

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck und Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| Vorwort (Árpád Göncz)   | 9         |
| Einleitung  | 12        |
| <b>I „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953 (Manfred Wilke/Tobias Voigt)</b>  | <b>24</b> |
| 1. Die DDR im Frühjahr 1953   | 24        |
| 2. Krisenmanagement in Moskau: Ein „Neuer Kurs“ für die DDR   | 36        |
| 3. Befehlsempfang im Kreml  | 42        |
| 4. Kader und Karrierewege – Kontrahenten im SED-Politbüro   | 48        |
| 5. Debatte ohne Konsequenz – Der Führungsstil des Generalsekretärs  | 52        |
| 6. Die Partei schaltet um: Der „Neue Kurs“ wird Politik   | 60        |
| 7. Der 17. Juni 1953: Lohn und Einheit. Vom Streik zum Volksaufstand                                      | 66        |
| 7.1 Arbeiterkampf gegen Lohnsenkung   | 67        |
| 7.2 „Wir sind die Regierung – keine Kapitulation“ – Die SED, die Arbeiter und die Macht                   | 68        |
| 7.3 „Berliner reiht Euch ein – wir wollen freie Menschen sein“ – Arbeitskampf gegen die Arbeiterregierung | 70        |
| 7.4 Das Politbüro „kapituliert“ – Die Rücknahme der Normenerhöhungen                                      | 71        |
| 7.5 Parteiführung im Ausnahmezustand  | 75        |
| 7.6 Der Ausnahmezustand und die deutsche Frage  | 78        |
| 8. Die SED nach dem „Tag X“   | 85        |
| 9. Führungsfragen – Ulbrichts Kampf um die Macht  | 89        |
| 10. Die neue Führung der SED  | 101       |
| 10.1 Die Zaisser-Herrnstadt-Fraktion  | 102       |
| 10.2 Abrechnung mit den Parteifeinden   | 107       |
| 10.3 Die neue Führung der SED   | 114       |
| 11. Stabilität für die DDR  | 119       |
| 11.1 Konsolidierung durch die Sowjetunion   | 119       |
| 11.2 Repression und Integration   | 122       |

|            |  |     |
|------------|--|-----|
| 12.        | Die „zweite“ Staatsgründung der DDR nach dem 17. Juni und die Grablegung des „Neuen Kurses“                    | 132 |
| <b>II</b>  | <b>Ungarn 1953–1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung</b><br>(János M. Rainer)                     | 137 |
| 1.         | Die Vorgeschichte: Ungarn im Frühjahr 1953   | 137 |
| 2.         | Die Beratung im Juni 1953 in Moskau  | 142 |
| 3.         | Der Beschluß der Partei vom Juni 1953 und Imre Nagys Programmrede  | 150 |
| 4.         | Einführung des „Neuen Kurses und erste Ergebnisse  | 157 |
| 5.         | „Widerstand“ und Kompromiß   | 166 |
| 6.         | Bewegung in Richtung Reform: Nagy gewinnt die Oberhand   | 176 |
| 7.         | Das Scheitern des „Neuen Kurses“ und eine Bilanz der Geschehnisse  | 185 |
| 8.         | Restauration und Parteiopposition  | 193 |
| 9.         | Der Sturz von Rákosi   | 202 |
| 10.        | Vor der Revolution: Parteiführung, Opposition, Massenbewegungen  | 212 |
| <b>III</b> | <b>Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion</b><br>(János M. Rainer/Bernd-Rainer Barth) | 219 |
| 1.         | Der sozialgeschichtliche Hintergrund und die Vorgeschichte der Revolution                                      | 219 |
| 2.         | Die Studentenbewegung  | 226 |
| 3.         | Der bewaffnete Aufstand und die Aufständischen   | 228 |
| 4.         | Die Besonderheiten der „sich selbst organisierenden Revolution“  | 230 |
| 5.         | Der Zerfall des politischen Systems sowjetischen Typs  | 237 |
| 6.         | Die Reaktion der sowjetischen Parteiführung  | 248 |
| 7.         | Moskau beschließt die Niederschlagung der Revolution. Die Vorbereitung der zweiten sowjetischen Invasion       | 253 |

|  |            |
|--|------------|
| <b>IV Die Niederschlagung der ungarischen Revolution – Die restaurative Vergeltung (András B. Hegedüs)</b> | <b>260</b> |
| 1. Die Bildung der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung (URABR)                        | 260        |
| 2. Die Liquidierung der gesetzlichen ungarischen Regierung   | 264        |
| 3. Die militärischen Operationen der sowjetischen Armee und der bewaffnete Widerstand                      | 267        |
| 4. Die Neuorganisation der USAP durch Kádár  | 270        |
| 5. Die Vergeltung  | 273        |
| 6. Der Imre-Nagy-Prozeß  | 277        |
| 7. Der Widerstand  | 278        |
| 8. Der geistige Widerstand und die Emigration  | 281        |
| 9. Ideologischer Klassenkampf  | 284        |
| 10. Die Kirche   | 287        |
| <br>   |            |
| Fazit:<br>Der gescheiterte Gesellschaftsvertrag zwischen Partei und Volk im sowjetischen Imperium          | 290        |
| <br>   |            |
| Abkürzungsverzeichnis  | 307        |
| <br>   |            |
| Autorenverzeichnis   | 310        |
| <br>   |            |
| Personenregister   | 312        |

# Vorwort

Ungarn und Deutschland verbindet eine mehr als tausendjährige Geschichte, die kriegerisch begann.

Der erste deutsche König, Heinrich I., mußte im Jahre 926 mit den Ungarn einen Waffenstillstand schließen und ihnen Tribut entrichten, bevor sie seinen Sohn Otto I. auf dem Lechfeld im Jahr 955 besiegte und unser Volk seßhaft und zur mitteleuropäischen Nation wurde.

Die Weltkriege und Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben die vielfältigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die unsere Länder über die Jahrhunderte verbanden, überschattet. Der Prozeß Ungarns zurück nach Europa wurde mit der Überwindung der europäischen und der deutschen Teilung möglich. Beide Länder befinden sich im Frieden auf dem Weg in ein vereintes Europa, und so wie die Deutschen sich daran erinnern, daß mit dem politischen Umbruch in Ungarn 1989 und vor allem mit der Öffnung der ungarischen Grenze für die Flüchtlinge aus der DDR der Weg zur deutschen Einheit begann, so vergessen die Ungarn nicht, daß Deutschland ein verlässlicher Partner ihres Landes auf dem Weg in die westliche Werte- und Sicherheitsgemeinschaft ist. All das, was seit 1990 geschah, knüpft an die positiven Traditionen der ungarisch-deutschen Geschichte an, deren Reichtum und Vielfalt beide Länder erst wieder entdecken müssen. Voraussetzung dafür ist eine Erinnerung an diese gemeinsame Geschichte, die uns verbindet. Aber hierbei können und dürfen die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die hinter uns liegen, nicht ausgespart werden. Für die Periode von 1914-1945 ist das für die Historiker bereits selbstverständlich. Schließlich waren die Ungarn in beiden Weltkriegen Verbündete des Deutschen Reiches. Die ungarischen Kollaborateure der Nazionalsozialisten beteiligten sich aktiv am Völkermord an den europäischen Juden. Eine nicht zu vergessende Schande der deutschen und ungarischen Geschichte.

Eine gemeinsame Erforschung der Zeit, als Ungarn und die Deutsche Demokratische Republik Teil des sowjetischen Machtbereichs waren, befindet sich noch in den Anfängen. Zu viele Probleme waren nach 1990 in Ungarn zu lösen, um sich an die Epoche vor dieser Zeitenwende zu erinnern. Aber die Erinnerung auch an jenen Abschnitt unserer Geschichte ist unabweisbar. Allerdings greift eine nur nationale Betrachtung dieser Zeit zu kurz, das wußte schon Imre Nagy 1955, als er erkannte: Der sowjetischen Führung geht es nicht primär um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Ungarn, sondern sie entscheidet nach ihren imperialen Interessen über ungarische Angelegenheiten.



Das erlebte unser Land am 4. November 1956 als schreckliche Katastrophe. Sowjetische Truppen unterdrückten gewaltsam den ungarischen Nationalaufstand.

Dieser Vorfall war nicht singulär; drei Jahre zuvor am 17. Juni 1953 rettete die sowjetische Armee die SED-Herrschaft in der DDR, und 1968 wiederholte sich diese hegemoniale Machtpolitik in der Tschechoslowakei. Erst gegenüber der polnischen Volksbewegung „Solidarnosz“ versagte diese Politik der Rettung der Diktatur mit militärischen Mitteln.

Das vorliegende Buch „Satelliten nach Stalins Tod“ basiert auf einem gemeinsamen Forschungsprojekt, das von Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin und András B. Hegedüs vom Institut für die Geschichte der Ungarischen Revolution 1956 in Budapest initiiert wurde. Es konzentriert sich auf die Parallelen bzw. Unterschiede zwischen dem 17. Juni 1953 in der DDR und der Ungarischen Revolution von 1956. Die Autoren aus Budapest und Berlin zeigen, wie die von Stalins Erben versuchte Reform des sowjetischen Modells „von oben“ in zwei Satellitenstaaten des Imperiums scheiterte und im Aufbegehren der Völker gegen die Diktatur mündete. Die Autoren verstehen ihr Buch als Pilotprojekt für eine gemeinsame historische Erforschung der Geschichte der Ungarn und der Deutschen im sowjetischen Imperium. Daß die Erarbeitung eines gemeinsamen Bildes unserer Vergangenheit möglich ist, haben sie überzeugend nachgewiesen. Dies ist ein hoffnungsvoller Anfang und ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung nationaler Geschichtsbilder für eine europäische Perspektive.

Árpád Göncz

Präsident der Republik Ungarn

Budapest, 17. Juni 2000

# Einleitung

## I.

Worin bestand die historische Bedeutung von Stalins Tod im März 1953 für die weitere Geschichte der Sowjetunion? Für Andrej Sacharow wurde sie in jenem Moment im April 1953 klar, als er erfuhr, daß die überlebenden „Kreml-Ärzte“ aus der Haft entlassen wurden und es in den sowjetischen Zeitungen hieß: „Alle Angeklagten sind freizulassen, da der Tatbestand einer strafbaren Handlung nicht vorliegt. Die an der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und an der Anwendung strikt verbotener Untersuchungsmethoden [lies: Folter, Urkundenfälschung, Fälschung, A.S.] Schuldigen sind streng zur Rechenschaft zu ziehen.“<sup>1</sup> Ein Kollege aus dem Wissenschaftler-Team, das die sowjetische Wasserstoff-Bombe entwickelte, formulierte die existenzielle Zäsur, die sichtbar wurde: „(...) er konnte immer nur wiederholen: ‚Ist es wirklich wahr? Ist es wirklich wahr, daß wir das noch erleben durften?‘ Eine neue Ära schien angebrochen.“<sup>2</sup>

Stalins Erben wußten: Um die Kontinuität der kommunistischen Parteiherrschaft zu sichern, mußten umgehend Reformen durchgeführt werden, deren wichtigste die Beendigung des willkürlichen Massenterrors war. Bei der Durchführung dieser

---

<sup>1</sup> Andrej Sacharow, *Mein Leben*, München/Zürich 1991, S. 182. Heinz Brandt sieht in diesem Kommuniqué des Ministeriums des Inneren, das damals von Lawrenti Berija geleitet wurde, das urkundliche Ende der Stalin-Ära. „In wenigen, bürokratisch-dürren ‚Prawda‘-Zeilen war all das vorweg genommen, im Kern enthüllt, was Chruschtschow später in seiner Geheimrede (25. Februar 1956) auf dem XX. Parteitag detailliert ausbreiten sollte. Im Klartext bedeutete dieses Kommuniqué: Nicht nur die hier angeführte Ärzteverschwörung, sondern überhaupt alle Säuberungen und Schauprozesse einschließlich jener in den Volksdemokratien (Fall Rajk, Slansky etc.), die gesamte Ära des Schreckens, der Massenpsychose, beruhte auf falschen, durch Folter erzeugten Geständnissen. Eine ähnliche moralische Bankrotterklärung hat es in der Geschichte nicht gegeben. Übrigens auch kein vergleichbares Foltersystem. Denn hier ging es um die Massenproduktion nicht echter, sondern *falscher* Geständnisse. Für die moralische Verurteilung der Folter ist es völlig unbedeutlich, welchem Zweck sie dient; nicht aber für die analytische Beurteilung des Herrschaftssystems, das sich ihrer bedient, sowie der Produktionsweise, die sie erfordert. Wir müssen also feststellen: Dieses Regime bedurfte nicht nur des Massenterrors, der Massenpsychose schlechthin (einer Psychose masochistischer Selbstbezeichnung und sadistischer Hexenjagd), es bedurfte millionenfach *fiktiver* Feinde und stellte sie millionenfach her, präpariert per Folter.“ Heinz Brandt, *Die soziale Revolution des Nikita Sergejewitsch Chruschtschow*, in: Reinhard Crusius/Manfred Wilke (Hrsg.): *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*, Frankfurt 1977, S. 298.

<sup>2</sup> Andrej Sacharow, a.a.O., S. 182.

einschneidenden Veränderung spielte der „Überlebensinstinkt“ der neuen Führung – sie alle waren Stalins Machtgehilfen gewesen – eine zentrale Rolle.<sup>1</sup>

Hinzu kam eine Wirtschaftskrise, die ökonomische und gesellschaftliche Reformen notwendig machte. Es galt, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern, das Los der Bauern zu erleichtern und das mit dem Aufstieg zur Weltmacht verbundene Primat der Schwer- und Rüstungsindustrie zu relativieren, damit eine Verbesserung der industriellen Konsumgüterproduktion überhaupt möglich werden konnte.

Stalin regierte Land und Imperium seit Mitte der dreißiger Jahre durch sein Privatsekretariat und mit den Sicherheitsorganen, die auch für die „Säuberung“ der Partei zuständig waren. Die Auflösung von Stalins Privatsekretariat war eine der ersten Maßnahmen, die seine Erben ergriffen. Dies war ein notwendiger Schritt, um die führende Rolle der Partei im sowjetischen Herrschaftssystem wiederherzustellen. Wie dies geschehen sollte, mußte die Zukunft zeigen. Zunächst wurde das Parteipräsidium, „das Stalin auf dem IX. Parteitag auf 25 Mitglieder vergrößert hatte, wieder auf 10 Personen verringert“.<sup>2</sup> Die eigene Handlungsfähigkeit bewahrte Stalins Erbgemeinschaft mit der Formel von der „kollektiven Führung“, die zugleich die Dynamik des beginnenden Nachfolgekampfes bändigte. Das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU vom 6. März 1953 bestand aus zehn Vollmitgliedern und vier Kandidaten: Chruschtschow vertrat die Partei, während die anderen neun Vollmitglieder den Staatsapparat und die Wirtschaft repräsentierten. Malenkow, der Vorsitzende des Ministerrates, führte die Rangordnung an. Ihm folgten Berija als Innenminister, Molotow als Außenminister, das Staatsoberhaupt Woroschilow, Chruschtschow und der Verteidigungsminister Bulganin, die restlichen vier Positionen waren den Verantwortlichen für die sowjetische Wirtschaft vorbehalten.<sup>3</sup> Diese sowjetischen Politiker sollten Ende Mai/Anfang Juni die Entscheidung über den „Neuen Kurs“ in der DDR und in Ungarn fällen. Die Streiks und Demonstrationen in der DDR am 16. und 17. Juni sollten die Dynamik der Diadochen-Kämpfe beeinflussen, die ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit folgte und von der Wiederherstellung der Suprematie des

---

<sup>1</sup> „Während Stalins letzten Monaten hatten fast alle Funktionäre gespürt, in welchem Maße sie selbst verwundbar geworden waren. Niemand war geschützt, weder Woroschilow, der als ‚Agent des Intelligence Service‘ bezeichnet worden war, noch Molotow oder Mikojan, die vom Diktator ihres Amtes im Präsidium des Zentralkomitees enthoben worden waren, noch Berija, den innerhalb des von Stalin gesteuerten Sicherheitsdienstes dunkle Intrigen bedroht hatten. Auch die nach dem Krieg neu entstandene Verwaltungselite der mittleren Ebene fürchtete die terroristischen Aspekte des Regimes und lehnte sie folglich ab. Und schließlich stand die Allmacht der politischen Polizei der stabilen Karriere eines jeden im Wege.“ Zit. nach: Nikolas Werth, Ein Staat gegen das Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stefanie Courtois/Nikolas Werth/Jean-Luis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Luis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus, München/Zürich 1998, S. 276f., künftig zitiert als: Schwarzbuch des Kommunismus.

<sup>2</sup> Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln 1959, S. 83.

<sup>3</sup> Vgl. Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, München 1998, S. 761, künftig zitiert als: Geschichte der Sowjetunion.

kommunistischen Parteiapparates gegenüber allen anderen Institutionen der sowjetischen Gesellschaft nicht zu trennen ist.

Bei einer Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees am 25. Juni wurde Innenminister Berija durch ein Kommando der sowjetischen Armee festgenommen und unter Anklage gestellt. Damit war ein entscheidender Schritt getan, um die führende Rolle des Parteiapparates wiederherzustellen, die Stalin mit seiner Kommunistenverfolgung nach 1934 zerstört hatte.<sup>1</sup>

Wenige Tage, bevor die Sowjetunion ihre erste Wasserstoffbombe zündete,<sup>2</sup> verkündete Ministerpräsident Malenkov vor dem Obersten Sowjet offiziell einen „Neuen Kurs“ in der Wirtschaftspolitik. Die sowjetische Regierung kündigte an, künftig die Konsumgüterindustrie stärker zu fördern, befreite in diesem Zusammenhang die Kolchos-Bauern von ihrer Abgabenlast und erlaubte ihnen eine individuellere Hofwirtschaft. Diese Wirtschaftspolitik sollte den Lebensstandard der Bevölkerung und namentlich den der Bauern verbessern. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen der kollektiven Führung zielten auf die Einschränkung des stalinschen Terrors, auf eine Kontrolle der politischen Polizei und die Zulassung eines „Tauwetters“ in der Kultur. Es ging der kollektiven Führung um die Organisierung eines neuen Verhältnisses der Herrschaft der KPdSU-Nomenklatura zu ihren Untertanen. Der Gesellschaft wurde mehr Eigendynamik zugestanden, die aber weiterhin „planvoll“ von der Partei gesteuert werden sollte – ein im Rahmen der zentralistischen sowjetischen Herrschaftsordnung unauflösbar bleibender Konflikt um die Reichweite des totalitären Machtanspruchs der Partei.

---

<sup>1</sup> Chruschtschow saß im Präsidium in seiner Eigenschaft als Sekretär des ZK. „Das neue Amt aber verschaffte Chruschtschow enorme Möglichkeiten personalpolitischer Einflußnahme und informeller Lenkung. Wie seine Memoiren eindrucksvoll belegen, nutzte er sie zielstrebig und geschickt mit dem Ergebnis seiner förmlichen Wahl zum Ersten Sekretär der KPdSU. Als die Entscheidung am 13. September 1953 bekanntgegeben wurde, war auch diese Gemeinsamkeit nicht zu übersehen: Der ‚Überraschkandidat‘ Chruschtschow war dort angekommen, wo Stalin (ebenfalls keiner der ersten Anwärter auf die Nachfolge Lenins) einst begonnen hatte. Ungeachtet sehr anderer Methoden und Vorstellungen von Herrschaftsausübung erwies er sich – nicht zum ersten Mal – als gelehriger Schüler: Wirkliche Macht ging im bolschewistisch-monokratischen Staat nur von der Verfügung über die Monopolpartei aus. Chruschtschow erlangte sie, weil der die Partei zu stärken und wiederzubeleben versprach.“ Zit. nach: Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 760f.

<sup>2</sup> In Sacharows Erinnerungen heißt es dazu: „Zum Abschluß seines Vortrags gab Malenkov noch eine Erklärung ab, die uns ganz besonders betraf. Er sagte unter dem Beifall der Zuhörer, daß die UdSSR jetzt alles zu ihrer Verteidigung besitze, sie habe eine eigene Wasserstoffbombe! Diese Erklärung wurde zur großen Sensation, und unverzüglich von den Zeitungen in aller Welt gedruckt. Sie wurde am 5. August abgegeben, genau eine Woche vor dem eigentlichen Versuch! Wir hörten den Vortrag Malenkows in der halbdunklen Halle eines kleinen Hotels. Man hatte das Produkt noch nicht auf dem Turm installiert; durch das unwegsame Gelände der kasachischen Steppe wurden auf hunderten von Lastwagen die Familien der Evakuierten und deren eilig zusammengepacktes Hab und Gut gen Süden, Osten und Westen transportiert. Der Versuch vom 12. August rief überall auf der Welt großes Interesse hervor. In den USA taufte man ihn ‚Joe 4‘ (nach dem Vornamen Stalins und der laufenden Nummer des sowjetischen Experiments).“ Zit. nach: Andrej Sacharow, a.a.O., S. 191ff.

Um die Angst vor der Staatsmacht abzubauen und die Begrenzung der allgegenwärtigen Repression zu begründen, wurde der Terminus von der „sozialistischen Gesetzlichkeit“<sup>1</sup> eingeführt. Diese Sprachregelung erlaubte auch eine Politik der Amnestie, ohne Ausmaß und Mechanismen des Terrors gegen das eigene Volk und die Zahl seiner Opfer offenlegen zu müssen. Demgemäß folgte der Entmachtung Berijas auch nicht die Auflösung der tschekistischen „Organe“. Statt dessen wurde der Platz des Sicherheitsdienstes in der Machtstruktur neu definiert und die Parteikontrolle über ihn wiederhergestellt. „Es war ganz klar, daß sie nicht länger – wie unter Stalin – über Partei und Staat stehen, sondern wieder der Kontrolle der Partei unterstellt werden sollten. Nicht um irgendwelche Demokratisierungs- oder Liberalisierungsbestrebungen ging es, sondern um die Emanzipation einer ‚gesellschaftlichen Avantgarde‘, die dies unter Stalin nicht mehr hatte sein können.“ Borys Lewytskij führt die Konflikte zwischen der Partei und ihren Geheimdienstlern und Soldaten in den fünfziger Jahren auf diese strukturelle Dimension der Machtkonflikte zurück: „Nach Stalins Tod waren hochdramatische Ereignisse zu beobachten. Eines der bemerkenswertesten war die Erschießung Berijas im Dezember 1953. Der Konflikt zwischen Partei- und Staatsapparat um die Vorherrschaft führte zur Absetzung des damaligen Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Malenkov, im Jahre 1955. Ein weiterer Markstein der Entwicklung war es, als 1957 Marschall Schukow aus den Parteigremien und aus der Armeeführung entfernt wurde. (...) Kurzum, es war eine ganze Anzahl von Reformen und Experimenten zu beobachten, doch nirgends ein Versuch, der auf eine Schwächung des autoritären Prinzips der Gesellschaftsstrukturen abgezielt hätte. In diesem Sinne war es gewissermaßen eine Rückkehr zu den Prinzipien Lenins, doch diesmal, das ist die Ironie der Geschichte, war der Träger dieser Wandlung die in der harten Schule des Stalinismus erzogene Bürokratie. Sie war es, die daran ging, Partei und Gesellschaft so umzustrukturieren, daß sie den Anforderungen der Zeit (so wie sie diese verstand) genügen konnte. Die Rolle eines sowjetischen Übergangspapstes fiel Chruschtschow zu.“<sup>2</sup>

Welches Verständnis die kollektive Führung von der künftigen Funktion des Terrors im Rahmen der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ hatte, verdeutlicht anschaulich die Übernahme dieser Formel durch die SED im Juli 1953: „Die demokratische Gesetzlichkeit ist strikt einzuhalten. Jeder Versuch, die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Bürger durch willkürliche Amtshandlungen zu verletzen, ist streng zu ahnden. Die Arbeit der Justiz, der Volkspolizei und anderer Exekutivorgane des Staates ist in diesem Sinne zu verbessern. Sie haben gegen die Feinde unserer Ordnung, gegen faschistische Provokateure und Kriegshetzer, vorzugehen und die Interessen der Werktätigen unter ihren Schutz zu nehmen.“<sup>3</sup>

Die Einführung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ in den politischen Sprachgebrauch und das Zugeständnis, daß es „Verstöße“ gegen sie gegeben hatte, ließen die

---

<sup>1</sup> Sacharow erinnert sich an einen entsprechenden Leitartikel in der „Prawda“ und er fügt hinzu: „So etwas gab es wohl zum ersten und zum letzten Mal.“ Zit. nach: A.a.O., S. 182.

<sup>2</sup> Borys Lewytskij, Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, Stuttgart 1967, S. 40.

<sup>3</sup> ZK der SED (Hrsg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band IV, Berlin (Ost) 1954, S. 463, künftig zitiert als: Dokumente IV.

Frage der Rehabilitierung der entehrten, verhafteten oder hingerichteten Parteigenossen für Stalins Erben zum Problem werden.<sup>1</sup>

Als Imre Nagy den „Neuen Kurs“ in Ungarn durchführte, ergab sich ein weiteres Problem der Betonung der „sozialistischen Gesetzmäßigkeit“, nämlich das der Abgrenzung zwischen der Regierungsverantwortung für die staatliche Politik und der seitens des Parteiapparates beanspruchten Suprematie. Die institutionell nicht regelbare Abgrenzung zwischen staatlichem Handeln und dem totalitären Machtanspruch der Partei personalisierte sich in Ungarn in dem Gegensatz zwischen Rákosi und Nagy. Der reformbereite neue Ministerpräsident versuchte, die Rolle der Partei - ganz im Geist der kollektiven Führung - faktisch zurückzudrängen, ohne das kommunistische Machtmonopol in Frage zu stellen. Insofern liefert uns die Untersuchung der Politik des „Neuen Kurses“ in Ungarn und der Niederlage Nagys, als sich 1955 der von Chruschtschow geführte Parteiapparat gegen Malenkov durchsetzte, eine Antwort auf die Frage: Warum war die kommunistische Parteidiktatur nicht zu reformieren? Ideologisch gesehen war die Antwort von vornherein klar: Die Parteikonzeption und der quasi religiöse Charakter des Marxismus-Leninismus als Staats- und Imperiumsideologie ließen dies nicht zu, wollten sich die Kommunisten nicht als Kommunisten aufgeben. Aber das Beispiel Nagy und selbst, im gewissen Grad, die Biographie von Chruschtschow, zeigen, daß die Probleme des Landes jenseits der ideologischen Planprojektionen eine harte Realität darstellten, für die die kommunistischen Führer Antworten brauchten, die aus den Formeln des Marxismus-Leninismus nicht abzuleiten waren. Ein einfacher Satz von Chruschtschow beschreibt seine persönliche Lage und die der kollektiven Führung im Frühjahr 1953: „So verloren wir Stalin und begannen, die Regierungsgeschäfte selbst in die Hand zu nehmen.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die von Imre Nagy überlieferte Debatte über die Frage der Freilassung der eingesperrten Kommunisten und ihre Rehabilitierung aus dem Jahre 1954 veranschaulicht die Fülle der Probleme, die mit dieser Frage der Ehre verbunden waren: „Anlässlich unserer Besprechung in Moskau vor dem III. Parteitag im Mai 1954 hat ebenfalls der Genosse Chruschtschow folgendes gesagt: ‚Für die Verhafteten ist Rákosi verantwortlich. Er will sie deshalb nicht freilassen, weil er weiß, daß er der Schuldige ist und daß er sich kompromittiert. Man darf die Leute nicht brandmarken und verdächtigen.‘ Der Genosse Chruschtschow riet uns, ‚die Rehabilitationen in einer Weise durchzuführen, das Rákosis Autorität nicht zu Grunde gerichtet wird‘. Damit wir seine Worte nicht mißverstanden, fügte er jedoch hinzu: ‚Wir schützen Rákosis Autorität so lange, als es nicht auf Kosten der Autorität der Partei geschieht. Es kann nämlich passieren, daß unter dem Vorwand der Wahrung der Autorität Rákosis die alte Politik zurückkehrt und die Befreiung der Verurteilten zum Stillstand kommt. Rákosi hat es natürlich schwer, weil er die Anweisung für die Verhaftungen gegeben hat. Aber dennoch muss gesagt werden, was geschehen ist. Nicht Schweigen und Vertuschen erhöhen die Autorität der Partei, sondern eine aufrichtige Sprache‘. Ich habe von Anfang an den gleichen Standpunkt vertreten und ich vertrete ihn auch heute noch. Ich habe im Politbüro ebenso wie im Rehabilitierungsausschuß, dessen Mitgliedschaft ich damals wegen der aufgetretenen Gegensätze niedergelegt habe, für die Durchsetzung des gleichen Standpunktes gekämpft.“ Zit. nach: Imre Nagy, Politisches Testament, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hugh Seton-Watson, München 1959, S. 363f.

<sup>2</sup> Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, Strobe Talbott (Hrsg.): Reinbek 1971, zit. nach: Taschenbuch-Ausgabe, 1992, S. 301.

Im Frühjahr 1953 befand sich die sowjetische Weltmacht im Kalten Krieg mit den von den Vereinigten Staaten geführten Westmächten. Allein für die innersowjetischen Veränderungen bedurfte die kollektive Führung einer Atempause, und das hieß, eine Deeskalation des Systemkonflikts auf der Basis des Status quo anzustreben. Die Idee der Abwendung eines mit Atomwaffen geführten Krieges begann sich in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen Raum zu schaffen. Bezogen auf die damalige Weltlage ging es in Asien um die Beendigung des Korea-Krieges und in Europa um die Rückkehr an den Verhandlungstisch, um die offenen Fragen wenn nicht zu entscheiden, so doch wenigstens zu besprechen. Offen waren die deutsche Frage und die Wiederherstellung der österreichischen Souveränität als neutraler Staat. Die Wiederaufnahme der Gipfeldiplomatie mit den Westmächten bedingte auch eine Neubestimmung der Beziehungen zu den Volksdemokratien, die Beendigung von Stalins zentralistischen Befehlsstrukturen zu den Generalsekretären der einzelnen regierenden Parteien, den Ausbau der bilateralen Beziehungen der Volksdemokratien untereinander und vor allem den Ausbau der wirtschaftlichen Integration im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Es ging nicht um die Aufhebung der Abhängigkeit dieser Satellitenstaaten und ihrer Parteien von der Sowjetunion, aber um die Veränderung des Umgangs miteinander. An die Stelle des Befehls seitens der KPdSU sollte nun die konsultative Anleitung der „Bruderparteien“ treten. Um eine solche Politik glaubhaft zu vertreten, war für die kollektive Führung die Beilegung des Konfliktes mit dem abtrünnigen Jugoslawien unabdingbar. Josip Broz Tito hatte als Führer der jugoslawischen Kommunisten 1948 den Konflikt mit Stalin gewagt, worauf die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus dem 1947 gegründeten Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) ausgeschlossen und Tito als Verräter geächtet wurde. Seit 1948 gehörte der Kampf gegen Tito zum festen Bestandteil der kommunistischen Propagandakampagnen, und unter Bezug auf den jugoslawischen Nationalkommunismus fanden die politischen Schauprozesse in Budapest 1949 und in Prag 1952 statt.

Die Revision von Stalins Politik gegenüber Jugoslawien begann im Frühjahr 1953 mit der Änderung der Propaganda<sup>1</sup>, auch wenn die sowjetische Führung erst im Mai 1955 nach Belgrad reiste, um den jugoslawischen Kommunisten einen eigenständigen Weg zum Sozialismus zuzugestehen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> „Unter den Losungen der Parteiführung zum 1. Mai 1953 fehlte die übliche Aufforderung, gegen das ‚faschistische Regime der Clique Tito-Rankowic‘ zu kämpfen. Die Zeitschrift stalinistischer jugoslawischer Emigranten in Moskau wurde nicht mehr erwähnt, in der Sowjet-Presse erschienen keine anti-jugoslawischen Artikel mehr.“ Zit. nach: Wolfgang Leonhard, a.a.O., Köln 1959, S. 150.

<sup>2</sup> Die zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU abgestimmte gemeinsame Erklärung vom 3. Juni 1955 enthielt u.a. die Passage: „Treu gegenüber den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten, aus welchem Grund auch immer, sei er wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Natur, da die Fragen der inneren Organisation, der verschiedenen sozialen Systeme und der verschiedenen Formen der sozialistischen Entwicklung allein Sache jedes einzelnen Landes sind.“ Zit. nach: Francois Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, in 2 Bänden, Bd. II: Nach Stalin 1953-1972, Graz/Wien/Köln 1972, S. 73.

Für die KPdSU-Spitze stellte Rákosi in Ungarn einen Stolperstein auf dem Weg zur Aussöhnung mit Jugoslawien dar. Der von ihm maßgeblich beeinflusste Konzeptionsprozeß gegen Innen- und Außenminister Laszlo Rajk 1949 richtete sich damals politisch auch unmittelbar gegen Tito.<sup>1</sup> Auch wenn sich auf der Grundlage des vorliegenden Materials kein direkter Zusammenhang zwischen dem „Neuen Kurs“ für Ungarn und der sowjetischen Jugoslawien-Politik nachweisen läßt, gibt es doch Zusammenhänge, die vor allem die Neubestimmung des Verhältnisses der kommunistischen Parteien zur KPdSU insgesamt betreffen. Stalin führte seine Kampagne gegen Tito im Namen der monolithischen kommunistischen Weltbewegung unter seiner Führung. Die Zäsur, die sein Tod für diese Bewegung bedeutete, war für Richard Löwenthal „der Anfang vom Ende eines historisch einzigartigen Unternehmens: des Versuchs, den Zentralismus einer herrschenden totalitären Partei auf eine internationale Bewegung zu übertragen. Chruschtschows Aufstieg zur Führung des sowjetischen Imperiums war eng verbunden mit seiner Bemühung, das veraltete Modell einer totalitären Weltpartei durch eine elastischere, doch immer noch von einem einzigen Zentrum bestimmte Form der internationalen Zusammenarbeit zu ersetzen: Jetzt sollten die kommunistischen Parteien und Regierungen organisatorisch autonom sein, aber sich dennoch der ideologischen Autorität der ‚führenden Partei‘ freiwillig unterwerfen.“<sup>2</sup>

Der „Neue Kurs“ in der DDR und in Ungarn, mit dem die kollektive Führung in Moskau begann, die sowjetischen Außenbeziehungen in bezug auf ihre Satellitenstaaten neu zu ordnen, sollte die Grenzen dieses konzeptionellen Neuanfangs offenlegen, als es zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 und zur ungarischen Revolution 1956 kam. In beiden Fällen mußte die Sowjetunion mit militärischer Macht die nationalen kommunistischen Regime vor dem Zusammenbruch bewahren, in beiden Fällen übernahm somit die Kreml-Führung das Krisenmanagement. Die konsultative Anleitung verwandelte sich erneut in ein Diktat. Doch die Erwartung einer freiwilligen Unterwerfung der nach Autonomie strebenden Parteien unter die KPdSU sollte sich nicht erfüllen – den Polyzentrismus in der kommunistischen Weltbewegung konnte die KPdSU nicht mehr aufhalten. Dies zeigte sich 1956 im Zusammenhang mit der militärischen Niederschlagung der ungarischen Revolution. Chruschtschow traf sich mit Gomulka und Tito und die KPdSU stimmte ihre Position mit der in Moskau zu dieser Frage anwesenden Delegation der KP Chinas ab.

Ursächlich sind es die politischen und wirtschaftlichen Reformen der kollektiven Führung in der Sowjetunion, einschließlich der Neuordnung der Außenbeziehungen des

---

<sup>1</sup> „In einem von sowjetischen Spezialisten perfekt vorbereiteten Verfahren im Stile der großen Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre, das vornehmlich der Bloßstellung des aufmüpfigen jugoslawischen Parteichefs Tito und der Diskreditierung der nationalkommunistischen Richtung dienen sollte, gab der ehemalige Innen- und Außenminister Laszlo Rajk im September 1949 in abenteuerlichen Selbstbezeichnungen alle ihm zur Last gelegten Anklagepunkte zu und wurde dennoch am 15. Oktober mit Mitangeklagten hingerichtet.“ Zit. nach: György Litvan, Jaños M. Bak (Hrsg.): Die ungarische Revolution 1956, Wien 1994, S. 29, künftig zitiert als: Die ungarische Revolution.

<sup>2</sup> Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963, S. 196.



Landes, die die Voraussetzung für die Experimente in der DDR und in Ungarn bildeten. Mit diesen beiden Versuchen trug die kollektive Sowjet-Führung die Veränderungen ihrer Politik gegenüber den „Bruderländern“ nach außen.

## II.

Die komparatistisch angelegte Untersuchung über die SED in der DDR und die MDP/MSZMP in Ungarn in den Krisen 1953 und 1956, die seitens des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin und unter der Leitung von András B. Hegedüs vom Institut für die Geschichte der ungarischen Revolution 1956 in Budapest durchgeführt wurde, konzentrierte sich explizit auf die Entstehung, Implantierung und Folgen des „Neuen Kurses“, mit dem die sowjetische Führung nach Stalins Tod die Lage in diesen beiden Ländern konsolidieren wollte. Die Existenzkrisen für die kommunistischen Diktaturen in der DDR und in Ungarn, die mit dieser Politik verbunden waren, ereigneten sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten. In der DDR erfolgte der Volksaufstand im Zusammenhang mit der Implantierung des „Neuen Kurses“, führte zur Lähmung der SED als zentralem Anleitungsapparat und zwang die Sowjetunion als Besatzungsmacht, die Niederschlagung der Volkserhebung selbst durchzuführen. Erst danach betrat die SED wieder die politische Bühne. Im Zentrum der Existenzkrise der DDR stand die Problematik der deutschen Spaltung. Das Eingreifen der sowjetischen Siegermacht führte zur Verfestigung der Teilung und mündete gewissermaßen in einer zweiten Staatsgründung der DDR, die mit der Neuformierung der SED-Führung unter Walter Ulbricht ihren Anfang nahm. Der Beitrag zur Geschichte des „Neuen Kurses“ in der DDR versucht, diese Komplexität der Ereignisse darzustellen und versteht sich als Versuch, auch die Asymmetrien der Entwicklungen in beiden deutschen Staaten in diesem Zeitraum zu erfassen. In der DDR verdichtete sich der Prozeß von der Verordnung des „Neuen Kurses“ über die Existenzkrise bis zur Stabilisierung der SED-Herrschaft in einem Zeitraum von wenigen Monaten. In Ungarn dagegen wurde der „Neue Kurs“ nicht zuletzt unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse zügig umgesetzt, führte zur Konsolidierung der Lage und in der Folge zu einer Entwicklung der Widersprüche der sozialistischen Ordnung in Ungarn, an deren Ende die Revolution stand. András B. Hegedüs charakterisiert diesen Zeitraum von drei Jahren „als die Zeit des ersten antistalinistischen Reformversuchs. Auf Initiative Moskaus sollte innerhalb des sowjetischen Blocks das wirtschaftlich-politische und gesellschaftliche System verändert werden, ohne dabei das Wesen des Parteistaates anzutasten. Dieser Reformprozeß, der weltweit mit dem Namen des Ministerpräsidenten Imre Nagy verbunden ist, scheiterte 1955 und wurde erst im Frühling 1956 wieder zu neuem Leben erweckt. Aufgrund seiner Inkonsequenz und der Reformunfähigkeit des Systems mündete er im Herbst 1956 in eine Revolution, ging schrittweise in einen bewaffneten Aufstand und einen – die gesamte Nation mobilisierenden – antisowjetischen Freiheitskampf über. Der ungarische Reformprozeß war in jeder Hinsicht entschlossener und konsequenter als die Reformversuche, die bis dahin bereits in anderen Ländern des Ostblocks stattgefunden hatten. Doch nach der Niederschlagung der Revolution nahm in Ungarn eine intensive Restalinisierung ihren Anfang“.

Die Berliner und Budapester Arbeitsgruppen einigten sich für ihre Parallelforschung auf sieben Fragestellungen, um die Existenz- und Konsolidierungskrisen in beiden Ländern im Zusammenhang mit dem Übergang von der stalinistischen zur post-stalinistischen Phase kommunistischer Herrschaft zu untersuchen:

1. Die Modifizierung des Satellitenstatus, die Neubestimmung der Parteibeziehungen zwischen der KPdSU, der MDP/MSZMP und der SED vor und nach der ungarischen Revolution und vor und nach dem 17. Juni 1953.
2. Der „Neue Kurs“: Verlaufsgeschichte auf der Führungsebene in beiden Staaten.
3. Die Neuformierung der jeweiligen Parteiführung nach Aufstand und Revolution. Wie liefen die Machtkämpfe in den Parteiführungen ab, welche erkennbaren Zusammenhänge bestanden zwischen Kursänderungen und Auseinandersetzungen der sowjetischen Führung und den Entwicklungen in Berlin und Budapest?
4. Die nationale Dimension: Der Rückgriff auf Themen und Symbole der Nationalgeschichte und ihre Kombination mit dem gleichfalls weiter für den Zusammenhalt des Imperiums wichtigen „sozialistischen Internationalismus“ in den beiden kommunistischen Parteiführungen.
5. Rehabilitierungspraxis und politische Amnestie und ihre Auswirkungen auf Partei und Gesellschaft.
6. Wandel der Praxis der politischen Justiz und Veränderungen im Status der Sicherheitsorgane.
7. Änderungen in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur Sowjetunion.

Mit diesen Leitfragen gelang es uns, eine gewisse Koordination in der analytischen Materialerschließung herbeizuführen. Aber nicht alle Fragen ließen sich gleichermaßen klären. Ein Ergebnis verdient es, hervorgehoben zu werden, um die sowjetische Politik in den beiden Existenzkrisen in Ungarn und in der DDR zu verstehen: „Die Ultima Ratio, das Schlüsselmoment sowjetischer ‚Krisenwahrnehmung‘, war immer, wie auch bei späteren Anlässen, die Frage, ob die personelle Zusammensetzung des engeren Führungszirkels der jeweiligen nationalen Partei den sowjetischen Interessen noch entsprach, d.h. ob deren Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen im Sinne jeweiliger sowjetischer Zielvorgaben noch gesichert war.“ (János M. Rainer/Bernd-Rainer Barth)

Unsere Ergebnisse werden in vier Teilberichten präsentiert, von denen sich einer mit dem „Neuen Kurs“ in der DDR befaßt, während der ungarische Prozeß in drei aufeinander bezogenen Studien behandelt wird. János M. Rainer untersucht im ersten Beitrag den Zeitraum vom Frühjahr 1953 bis zum Vorabend der Revolution. Diese selbst, der Zerfall der kommunistischen Partei und der Moskauer Entscheidungsprozeß im ungarischen Fall, das Imperium militärisch zu sichern, ist Gegenstand der zweiten Studie von János M. Rainer unter Mitarbeit von Bernd-Rainer Barth. Der Niederschlagung der ungarischen Revolution und der restaurativen Vergeltung widmet sich András B. Hegedüs in seinem Beitrag. Ausführlich schildert er die Entstehung der von Kádár geführten Gegenregierung in Moskau, die der Kreml aus zwei Gründen benötigte:

Zum einen ließ sich mit ihrer Existenz vor der Weltöffentlichkeit behaupten, daß es sich bei den Vorgängen in Ungarn um eine „Konterrevolution“ handele, zu deren Niederschlagung die sowjetische Armee lediglich „brüderliche Hilfe“ leistete.

Zum anderen war die kommunistische Partei während der Revolution aufgelöst worden und mußte als USAP neu entstehen, um eine Restauration in Ungarn zu ermöglichen.

### III.

Die komparatistische Untersuchung des „Neuen Kurses“ in Ungarn und der DDR war ein Wagnis, das nicht allein in den Sprachbarrieren begründet war. Gewichtiger waren die Zugänge zu den Archiven, der Stand der historischen und politikwissenschaftlichen Erforschung dieser Periode und die nationalen Besonderheiten, die die Entwicklung der DDR und Ungarns nach dem Tod Stalins auszeichneten. Vorbild für unser Unterfangen war das Forschungsprojekt zum Krisenvergleich in den Systemen sowjetischen Typs, das unter der Leitung von Zdenek Mlynar in Wien in den 70er Jahren und von polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen Wissenschaftlern im Exil durchgeführt wurde.<sup>1</sup> Von entscheidender Bedeutung, um unser Projekt zu wagen, waren die Forschungen zur Geschichte der ungarischen Revolution von 1956 in Budapest nach dem Systemwechsel. Dies ist verständlich, wurde doch die Revolution von 1956 als ungarischer Freiheitskampf interpretiert und damit zur ethisch-politischen Grundlage der neu entstandenen souveränen Ungarischen Republik. In den achtziger Jahren war das Verhältnis zum Erbe von 1956 zu einer Schlüsselfrage im Selbstverständnis der ungarischen Opposition geworden. So kam es bereits 1986 in Budapest zu einer ersten, noch unter illegalen Bedingungen abgehaltenen wissenschaftlichen Konferenz zum 30. Jahrestag dieses Ereignisses.<sup>2</sup> Aus dem Kreis der damaligen Konferenzteilnehmer und jüngeren Historiker rekrutierten sich die Mitarbeiter des 1989 in Budapest gegründeten Instituts für die Geschichte der ungarischen Revolution 1956. Das Institut entwickelte sich zum Zentrum der Dokumentation und Erforschung der jüngsten ungarischen Zeitgeschichte (in deren Mittelpunkt das Jahr 1956 steht.)

Die in diesem Band vorgelegten Studien zur ungarischen Geschichte von 1953 bis 1958 präsentieren den aktuellen Forschungsstand. Sie sind auch für die deutsche Diskussion über die Geschichte der DDR in den fünfziger Jahren von Bedeutung, hatten doch die ungarischen Kollegen einen wesentlich breiteren Zugriff auf sowjetische Quellen, als dies der deutschen Forschung bislang möglich war.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Zdenek Mlynar, *Krisen und Krisenbewußtsein im Sowjetblock*, Köln 1983.

<sup>2</sup> Ist erschienen: *Ötvenhátról nyolcvanhatban. Az 1956-os magyar forradalomelőzményei. alakulása és utóélete* című 1986. december 5-6-án Budapesten rendezett tanácskozás jegyzőkönyve. Szerk. és a jegyzeteket kész. Hegedüs B. András; bev. Litván György. Budapest: Századvég: 1956-os Int., 1092. 334 p. - ('56: A Századvég Kiadó és az 1956-os Magyar Forradalom Története Dokumentációs és Kutató Intézetének sorozata).

Unsere Forschungen über den „Neuen Kurs“ in der DDR und in Ungarn wurden von der Volkswagen-Stiftung im Rahmen ihres Schwerpunktes „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts: Strukturen, Erfahrungen, Überwindung und Vergleich“ gefördert. Damit ermöglichte die Volkswagen-Stiftung dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität eine weitere grenzüberschreitende Forschungs Kooperation, nachdem sie zuvor bereits ein Projekt zum „Prager Frühling“ und den Beitrag der SED zu seiner Unterdrückung gefördert hat.<sup>1</sup> Mein Dank geht an dieser Stelle an die sachverständigen Archivare der Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv“, Berlin, die in nunmehr bewährter Weise auch dieses Projekt beförderten und an Herrn Gerhard Ehlert für seine wissenschaftliche Unterstützung. Danken möchte ich auch Frau Ágnes Magyar und Jan Marinka für die Übersetzung der ungarischen Texte, Frau Marion Oplow und Frau Cornelia Bronder für die kleinen und großen Leistungen im Sekretariat des Forschungsverbundes und Frau Alexandra Herrmann für die Endredaktion unserer Texte.

---

<sup>1</sup> Vgl. Lutz Prieß/Vaclav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996.

# „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953

## 1. Die DDR im Frühjahr 1953

Sie mögen echt gewesen sein – die Tränen, die Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Franz Dählem und andere über Stalins Tod vergossen. Wladimir S. Semjonow erinnerte sich auch noch Jahrzehnte später.<sup>1</sup> Doch dieser Trauer sollten sich bald große Sorgen um die eigenen Positionen der Genossen hinzugesellen.

Als am 5. März 1953 Jossif Wissarionowitsch (Dschugaschwili) Stalin gottgleich verehrte Führerfigur des Sowjetkommunismus – starb, hinterließ er ein Imperium, das sich in einer ernsten Krise befand. Sein Tod traf die DDR in einer Periode steigender Flüchtlingszahlen, prekärer Wirtschaftslage und kollabierender Versorgung. All das war die Folge einer ausgeweiteten Repressierung der gesamten Bevölkerung, der forcierten Kollektivierung der Landwirtschaft sowie des drakonischen Einsatzes der politischen Justiz gegen die Bauern. Von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ blieb auch die SED selbst nicht verschont. Die Anzeichen für eine umfassende „Säuberung“ in der Partei mehrten sich seit der Jahreswende 1952/53. Im Januar 1953 meldete das „Neue Deutschland“ den „Ausschluß zionistischer Agenten aus der VVN“.<sup>2</sup> Der Artikel erschien wenige Tage, nachdem die Moskauer „Prawda“ eine „jüdische Verschwörung“ aufgedeckt und die Verhaftung der „Kremlärzte“ bekannt gegeben hatte.<sup>3</sup> In Prag war 1952 ein politischer Schauprozeß gegen führende Kader der KPC durchgeführt worden.<sup>4</sup> Am 20. Dezember 1952 zog das ZK der SED „Lehren aus dem Prozeß gegen

---

<sup>1</sup> Wladimir S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow*, Berlin 1995, S. 282.

<sup>2</sup> „Neues Deutschland“ vom 21.1.1953. VVN: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes.

<sup>3</sup> „Am 13. Januar 1953 erschien in der „Prawda“ ein Leitartikel über die ‚Mörderärzte‘, deren Mehrheit mit der ‚jüdischen bürgerlich-nationalistischen Organisation Joint‘ verbunden sei, die den Befehl zur ‚Ausrottung der führenden Kader der UdSSR‘ über den Moskauer Arzt Schimoeliowitsch und dem bekannten bürgerlichen Nationalisten Michoels gegeben hätte (...). ‚Die Mörderärzte, Monster in menschlicher Gestalt, trampelten auf dem heiligen Banner der Wissenschaft und waren bezahlte Agenten der ausländischen Spionage‘, hieß es in dem Beitrag. Drei der so beschuldigten Ärzte waren Russen, sechs waren Juden.“ Zit. nach: Arno Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden*, Berlin 1998, S. 259.

<sup>4</sup> Vgl. Karel Kaplan/Frantisek Svatek, *Die politischen Säuberungen in der KPC*, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-53*, Paderborn, München, Wien, Zürich 1998, S. 487ff., zukünftig zitiert als: *Terror*.

das Verschwörerzentrum Slansky“.<sup>1</sup> In den Schlußfolgerungen dieser „Lehren“ wurde den leitenden Kadern in Partei, Staatsapparat und Wirtschaft eine gründliche „Säuberung“ angekündigt. Ein weiteres Signal für ein Aufräumen in den eigenen Reihen war die Auflösung der VVN im Februar 1953<sup>2</sup> und ihre Ersetzung durch ein „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“. Begründet wurde dies mit der „historischen Feststellung, daß die Erfolge auf dem Weg zum Frieden, zur Demokratie und zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik eine besondere Organisation der Verfolgten des Nazi-Regimes unnötig macht“.<sup>3</sup> Warum Auflösung? Was war deren Zweck? Unmittelbar vor dem Tod Stalins beauftragte Ulbricht den Chef der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), Hermann Matern, sowie den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, damit, Vorschläge zur „Säuberung der Partei“ von „feindlichen Elementen“<sup>4</sup> auszuarbeiten. Wenige Tage später erläuterte Hermann Matern diese Entscheidung vor der ZPKK: „In erster Linie müssen die Leitungen gesäubert werden, d.h.: im Staatsapparat, in der Wirtschaft und in der Partei. Hierunter fallen nicht nur diejenigen, die in Emigration waren, sondern grundsätzlich alle, ganz gleich, woher sie kommen.“<sup>5</sup> Zu solch inquisitorischem Anspruch paßte das Bild das Ulbricht am 25. März vor dem Politbüro zeichnete: von einer „totalen Unterwanderung der DDR-Wirtschaft durch Agenten und Akteure, die unbehelligt agieren könnten, da sich niemand um sie kümmert“.<sup>6</sup> Die Vorstellung, mit einer umfassenden Säuberung der Partei, des Staatsapparates und der Wirtschaft die Hindernisse auf dem Weg zum beschleunigten Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu beseitigen, war Teil der letzten von Stalin ausgehenden „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien seines Imperiums. Der rationale Kern all dieser Vorgänge, soweit er sich überhaupt in mörderischen Machttechniken finden läßt, zielte auf die Ausmerzungen nationaler Traditionen in den regierenden kommunistischen Parteien der Satellitenstaaten sowie auf die „absolute Einschwörung“ ihrer Führungskader „auf Person und Politik Stalins“.<sup>7</sup> In der DDR schien ein großer Schauprozeß bevorzustehen, der an die Planungen von 1951 anknüpfte. Im Zuge seiner Vorbereitung waren vor allem westdeutsche KPD-Funktionäre verhaftet, verhört und mißhandelt worden. Diese Maßnahmen fanden jedoch bislang keinen Abschluß in einem Tribunal.<sup>8</sup> Entsprechende Planungen gingen indes weiter, und die Ermittler der ZPKK erhielten im November 1952 mit den erpreßten Geständnissen aus dem Slansky-Prozeß in Prag neues Belastungsmaterial. Bereits Monate zuvor hatte Ulbricht auf der II. Parteikonferenz die Agentenhysterie mit dem Verweis auf die Erkenntnis aus den osteuropäischen Prozessen

<sup>1</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 199ff., künftig zitiert als: Dokumente IV.

<sup>2</sup> Elke Reuter/Detlef Hansel, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953, Berlin 1997, S. 505.

<sup>3</sup> Walter Bartel, Die VVN hat ihre Aufgaben gelöst, aus: „Berliner Zeitung“ vom 27.2.1953.

<sup>4</sup> Protokoll Nr. 11/53, Besetzung des Politbüros des Zentralkomitees am 3. März 1953, SAPMO BArch-DY 30 J IV 2/2/265.

<sup>5</sup> Zit. nach: Ulrich Mählert, Parteisäuberungen in der SED, in: Terror, S. 439.

<sup>6</sup> A.a.O., S. 442.

<sup>7</sup> Hermann Weber, Einleitung: Bemerkung zu den kommunistischen Säuberungen, in: Terror, S. 30.

<sup>8</sup> Vgl. Hermann Weber, Schauprozeß-Vorbereitung in der DDR, in: Terror, S. 474f.

angefacht, daß angeblich in den Apparat eingeschmuggelte „feindliche Elemente“ die Partei zersetzen wollten. Von den Prager Beschuldigungen war es nur ein kleiner Schritt zu Verhaftungen, so von Paul Merker<sup>1</sup> und Hans Schrecker<sup>2</sup>, Ende November 1952. Die Rechtfertigung lieferte nachträglich der bereits zitierte Beschluß des ZK vom 20. Dezember über die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“.<sup>3</sup> Neben den Ermittlungen gegen altgediente Parteikader wurden Verhaftungen von führenden Politikern der Blockparteien durchgeführt, so dem LDPD-Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann (verhaftet im Dezember 1952) und dem CDU-Außenminister, Georg Dertinger (verhaftet im Januar 1953).<sup>4</sup> Paul Merker saß nach dem Tod Stalins noch zwei Jahre in Haft, bevor er schließlich im März 1955 in einem Geheimprozeß vom Obersten Gericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.<sup>5</sup> Merkers Fall ist bezüglich der Frage nach der persönlichen Macht Ulbrichts aufschlußreich. Daß auch nach dem 17. Juni keine Freilassung erfolgte, lag wahrscheinlich allein in dessen Hand.<sup>6</sup> Dies war nicht der einzige Fall, in dem die SED bzw. ihre Führung vehementes Eigeninteresse an der Vorbereitung und Durchführung von Schauprozessen zeigte und die Initiative ergriff. Im März 1953 sollte dann nicht Paul Merker, sondern Franz Dahlem, bis 1952 die Nummer Zwei in der Kaderhierarchie der SED, der Hauptangeklagte in einem solchen Prozeß sein. „Wie die SED bei der Prozeßvorbereitung gegen Dahlem schrittweise vorgehen wollte, erläuterte Matern noch Ende Mai auf der Sitzung der ZPKK: ‚Gleich nach dem 13. Plenum haben eine Reihe von Genossen gesagt, warum wurde Genosse Dahlem nicht ausgeschlossen? Wir sollten aber lernen von den Bruderparteien, die solche Fragen auch nicht auf einmal lösten und dabei eine weit gründlichere Entlarvung durchführten, z.B. Gomulka in Polen, Slansky in der CSR, André Marty in Frankreich.‘ Noch 1953 hat das MfS in Prag versucht, Material für einen Schauprozeß zu finden.“<sup>7</sup> Die Zäsuren, die die Parteisäuberung in der

---

<sup>1</sup> Paul Merker, Jahrgang 1894, KPD-Mitglied seit 1920, nach 1933 illegale Arbeit, Emigration in Frankreich, ab 1942 in Mexiko, ab 1946 Mitglied des SED-Parteivorstandes bzw. des ZK des Zentralsekretariats/Politbüros, 1949/50 Sekretär im Staatssekretariat für Land- und Forstwirtschaft, Verhaftung Ende 1952, Verurteilung 1955 zu 8 Jahren Zuchthaus, Entlassung Anfang 1956 und Wiederaufnahme in die SED. Vgl. dazu Andreas Herbst, Führungsstrukturen und Führungskader der SED, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stefan/Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED-Geschichte, Organisation Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 1027, künftig zitiert als: Die SED.

<sup>2</sup> Hans Schrecker, Jahrgang 1899, KPD-Mitglied seit 1923, 1933 Emigration in die Schweiz und nach Frankreich, ab 1940 Aufenthalt in England, 1945 Rückkehr, Arbeit als Chefredakteur in Sachsen, ab 1950 für die Nationale Front tätig, November 1952 Verhaftung, 1954 Verurteilung zu acht Jahren Gefängnis, 1956 Begnadigung. Vgl. dazu: Die SED, S. 1028.

<sup>3</sup> Vgl. Dokumente Bd. IV, Berlin 1954, S. 199-219.

<sup>4</sup> Vgl. Hermann Weber, Schauprozeßvorbereitung in der DDR, a.a.O., S. 478f.

<sup>5</sup> Vgl. Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Paul Merker und Noel Field, Berlin 1994, S. 337.

<sup>6</sup> Vgl. Kießling, a.a.O., S. 336.

<sup>7</sup> Hermann Weber, Schauprozeß-Vorbereitung in der DDR, a.a.O., S. 480.

SED in bezug auf einen solchen Schauprozeß beendeten und zugleich in eine andere Richtung lenkten, setzten der „Neue Kurs“ und der 17. Juni.

Das Vorgehen in der SED gegen die eigene Gefolgschaft rundete das Bild der existenzbedrohenden Krise der sozialistischen Staatsmacht in der DDR im Frühjahr 1953 lediglich ab. Es war ein integraler Bestandteil des planmäßigen „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“, den die II. Parteikonferenz 1952 beschlossen hatte. Der Schlußstrich, den Ulbricht und seine Gefolgschaft 1952 auf dieser Konferenz unter die „antifaschistisch-demokratische“ Periode der DDR-Geschichte zogen, war von Stalin gebilligt worden.<sup>1</sup> Von da an galt es, in der DDR in erklärter Abgrenzung zur Bundesrepublik die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen.

Im Frühjahr 1953 zeigten sich die Grenzen des ehrgeizigen Sozialismus-Projektes. Die Möglichkeiten des eigenen Herrschaftsgebietes und die Geduld seiner Bevölkerung waren dabei über Gebühr strapaziert worden. Die Realität der Verhältnisse in der DDR stellte die Übereinstimmung von Partei und Volk in Frage. Hatte doch Walter Ulbricht in seiner Rede auf der II. Parteikonferenz, das Sozialismus-Vorhaben mit der propagandistischen Behauptung gerechtfertigt, es erfolge in „Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen“.<sup>2</sup> Doch jene dachten gar nicht daran, die Verkündung begeistert aufzunehmen. Selbst die Mitgliedschaft der SED stand der eröffneten Perspektive abwartend und gespalten gegenüber.<sup>3</sup> Hintergrund für die Zurückhaltung war zum einen der schroffe Linienwechsel, den Ulbricht vollzog und zum anderen der Widerspruch zur März-Note der sowjetischen Regierung, die den Westmächten den Abschluß eines Friedensvertrages offerierte.<sup>4</sup> Darin hieß es wörtlich: „Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten

---

<sup>1</sup> Vgl. Cold War International History Projekt - Bulletin 4 (1994), S. 48. Demnach ermunterte Stalin die SED-Führung „ihren eigenen Staat zu organisieren“, weil er sich der Ablehnung der sowjetischen Noten-Offerte seitens des Westens sicher war. Bonwetsch und Filitov lehnen ebenso Thesen vom Alleingang der SED ab, fragen jedoch, ob sich „in der zögernden, sehr späten Moskauer Zustimmung zum Programm der II. Parteikonferenz am 8. Juli 1952“ nicht zeigte, daß Stalin „insgeheim etwas anderes wollte“. Vgl. dazu Bernd Bonwetsch/ Alexej Filitov, Die sowjetische Politik und die SED: Handlungs- und Verantwortungsspielräume der KPD/ SED/ DDR 1945-1963, Manuskript, Expertise für die Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bonn 1998, S. 72f.

<sup>2</sup> Walter Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9.-12. Juli 1952 in Berlin, Berlin (Ost) 1952, S. 58.

<sup>3</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, „Wir werden siegen, weil der große Stalin uns führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: Kowalczuk/Mitter/Wolle (Hrsg.): Der Tag X - 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, S. 195f.

<sup>4</sup> Bonwetsch und Filitov diskutierten ausführlich die zahlreich vorliegenden kontroversen Deutungen zu den Stalin-Noten 1952 mit dem Ergebnis, daß neben einer fortbestehenden Verwirrung der Historiker als einzig sichere Erkenntnis festgehalten werden könne, daß Moskaus Politik „in sich widersprüchlich bzw. doppelgleisig war“. Vgl. dazu Bernd Bonwetsch/Alexej Filitov, a.a.O., S. 58ff. und insbesondere S. 73.



durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß.“<sup>1</sup> Zusammen mit der Note übergab die sowjetische Regierung einen Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland, dessen erster politischer Leitsatz lautete: „Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht. (...)“<sup>2</sup> Der beschleunigte Aufbau des Sozialismus in der DDR widersprach dieser Deklaration diametral und konterkarierte die sowjetische Offerte gen Westen. Die Westmächte, ebenso die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung, lehnten Stalins Angebot ab. Adenauer wollte statt einer isolierten nationalstaatlichen Lösung der deutschen Frage die unwiderrufliche Einbindung Deutschlands in den Prozeß der westeuropäischen Integration. Die vertraglich fixierte Westbindung, die auch für ein künftiges Gesamtdeutschland gelten sollte, war nirgends deutlicher fixiert als in dem am 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Alliierten unterzeichneten Deutschlandvertrag. Im Artikel 7 proklamierten die Vertragspartner als gemeinsames Ziel „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.<sup>3</sup> Die Bewertung dieses Vertragstextes durch Andreas Hillgruber scheint zwingend: „Demnach durfte auch eine frei gewählte Regierung Gesamtdeutschlands dessen Status innerhalb der Mächtekonstellation nicht selbst bestimmen. Vielmehr lag die Integration in den ‘Westblock’ fest, der sich somit von der Elbe und Werra bis zur Oder und Neiße bzw. noch weiter nach Osten verschieben ließe, da, wie es ebenfalls in Artikel 7 hieß, die Bestimmung der Grenzen Deutschlands bis zu einer ‚friedensvertraglichen Regelung‘ aufgeschoben werden sollte. Eine Realisierung dieses weit-gespannten Ziels setzte eine politische Totalkapitulation der Sowjetunion voraus.“<sup>4</sup> Als Hillgruber diese Sätze schrieb, dauerte die deutsche Teilung noch an. Auf die Konstellation der Jahre 1951/52 verweist Hans-Peter Schwarz in seiner Sicht auf diese Festlegung des Deutschlandvertrages: „Man hat aus Adenauers Entscheidung für diese Formulierung weitreichende Schlüsse auf die Gesamtanlage seiner Außenpolitik gezogen. Hat er damit nicht sehenden Auges eine mit der Sowjetunion frei vereinbarte Wiedervereinigung unmöglich gemacht? Denn, daß diese aus freien Stücken in die Integration der DDR in die westlichen Zusammenschlüsse einwilligen würde, war doch wohl kaum zu erwarten. Oder hat der Kanzler im Herbst 1951 tatsächlich noch auf einen totalen Zusammenbruch der sowjetischen Politik dank westlicher Politik der Stärke spekuliert? Daß Adenauer 1951 die Bundesrepublik politisch als deutschen Kernstaat und die DDR als unter Fremdherrschaft stehendes Gebiet ohne echte Staatsqualität verstand, ist sicher. Diese Auffassung herrschte damals in allen demokratischen Parteien ganz unbestritten. Wenn man jedoch von der Idee des Kernstaates Bundesrepublik ausgeht, war es gedanklich

---

<sup>1</sup> Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Berlin (Ost) 1957, S. 289.

<sup>2</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, a.a.O., S. 291.

<sup>3</sup> 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Eine Dokumentation, Auswärtiges Amt (Hrsg.): Stuttgart 1989, S. 51.

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1986. Die “Deutsche Frage” in der Weltpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln 1983, S. 53.

durchaus schlüssig, deren Bindungen auch auf das um die befreite Ostzone und vielleicht um die verlorenen Provinzen vergrößerte Deutschland zu übertragen. Nur so schienen die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der westlichen Nachbarn und der Wunsch Deutschlands nach Gleichberechtigung miteinander vereinbar. Daß dieses Konzept gegenüber der Sowjetunion schwer durchsetzbar sein würde, war evident. Aber vorläufig galt es erst einmal zu verhindern, daß sich die Westalliierten auf Kosten Deutschlands und auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens mit der Sowjetunion einigten.“<sup>1</sup>

Die Bildung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 und die gleichwohl ungelöste Frage eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung waren Teil der Formierung einer bipolaren Weltordnung zwischen dem von den Vereinigten Staaten geführten Westen und dem sowjetischen Imperium. In der deutschen Frage ging es zwischen den Weltmächten auch immer um die Auseinandersetzung um die Einbindung des deutschen Potentials in das eigene Lager bzw. seine Neutralisierung. Die in dieser Zeit betriebene militärische Aufrüstung beider deutschen Staaten war wenige Jahre nach dem Krieg auch immer mit der Frage der Kontrolle dieser Streitkräfte durch die Westmächte auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite verbunden.<sup>2</sup> Erst vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der sowjetischen März-Note von 1952 verständlich, die ein neutrales Gesamtdeutschland anbot. Unabhängig von der nicht mehr zu entscheidenden Frage, ob es Stalin ernst meinte, verfolgte sein diplomatischer Vorstoß eindeutig den Zweck, Adenauers Politik der Westbindung in der Bundesrepublik zu erschweren. Darüber hinaus wollte die Sowjetunion gegenüber den Deutschen nicht als die Siegermacht dastehen, die für die deutsche Spaltung verantwortlich sei.<sup>3</sup> Die Wiedergewinnung staatlicher Souveränität im Rahmen der

- 
- <sup>1</sup> Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Gründerjahre der Republik 1949-1957, in: Karl-Dietrich Bracher/Theodor Eschenburg/Joachim C. Fest/Eberhard Jäckel (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, Stuttgart 1981, S. 146.
- <sup>2</sup> Bei der Beurteilung des Aufbaus und der Integration in die jeweiligen Bündnissysteme beider deutscher Armeen wenige Jahre nach Kriegsende gilt sicher die Feststellung von Horst Möller als von besonderer Bedeutung: „In den Überlegungen der Westalliierten und der Sowjetunion galt für lange Zeit die deutsche Teilung als Unterfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.“ Horst Möller, in der öffentlichen Anhörung: „Die Dtl.politik von 1949 bis in die sechziger Jahre“, Bd. V,1, S. 241.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu Gerhard Wettig, Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1955, München 1999, S. 217ff. Wie wichtig diese Frage für die sowjetische Selbstdarstellung gegenüber den Deutschen gewesen ist, davon zeugen die Erinnerungen von Gorbatschow, in denen es heißt: „War die Teilung Deutschlands nach dem Krieg wirklich notwendig? War der Preis, den Deutschland dafür zahlen mußte, daß Hitler den Krieg entfesselt hatte, gerechtfertigt? Ich sagte nicht ‚ausreichend‘ oder ‚nicht ausreichend‘, ich sage ‚gerechtfertigt‘ - vom Standpunkt der perspektivischen Interessen der Siegermächte und der ganzen Welt. Zieht man all das, was danach geschah und was ich in diesen Kapiteln knapp dargelegt habe, in Betracht, so fällt die Antwort meines Erachtens negativ aus. Ich kann nicht umhin, noch einmal festzustellen: Nicht die Sowjetunion war hierbei die Initiatorin, sie wollte nicht die Spaltung Deutschlands, obwohl die Völker der UdSSR mehr als andere unter der Hitlerschen Agression gelitten haben.“ Zit. nach: Michail Gorbatschow, Wie es war - Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S. 53.

westeuropäischen Integration durch die Bundesrepublik, die mit dem Deutschlandvertrag und der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)<sup>1</sup> im Mai 1952 politische Realität wurde, bildete auch den Hintergrund für Ulbrichts Sozialismus-Proklamation der II. Parteikonferenz, die ab Dezember 1951 vorbereitet worden war. Im Zusammenhang mit der März-Note Stalins vermittelte die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) der SED-Spitze die Überzeugung, daß „das ostdeutsche Herrschafts- und Gesellschaftssystem nicht in Frage“<sup>2</sup> gestellt würde. Die Gespräche mit Stalin, Anfang April 1952, verstärkten die Garantie der sowjetischen Führung gegenüber der SED nachdrücklich, ging es doch um den Aufbau eigener militärischer Streitkräfte.<sup>3</sup> Weiter wurde in diesem Gespräch festgelegt, die Agitation für die deutsche Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages seitens der SED fortzusetzen, zugleich jedoch die innerdeutsche Grenze deutlich zu markieren und militärisch zu sichern. Nachdem die Westmächte – ebenso wie die Bundesregierung – unbeirrt an ihrem Kurs einer festen Einbindung der Bundesrepublik in den Westen festhielten und einer isolierten nationalstaatlichen Lösung der deutschen Frage auf der Basis der Neutralität eine Absage erteilten, konnte die Eigenständigkeit der Entwicklung in der DDR und das totalitäre Machtmonopol der SED nur auf der Grundlage der Blockloyalität zur Sowjetunion gegründet werden. Ulbrichts Aufbau des Sozialismus hieß nichts anderes als die offene Übernahme der politischen und ökonomischen Ordnung der stalinschen Sowjetunion in dem von ihr kontrollierten Teil Deutschlands. Binnen Jahresfrist trieb dieses Projekt die DDR an den Rand des Untergangs.

In vielfältiger Weise bedeutete die Orientierung auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus eine unverhohlene „Kampfansage an die Mittelschichten“<sup>4</sup>. Nicht umsonst hatte Walter Ulbricht in seinem Referat den Delegierten der II. Parteikonferenz angekündigt, „daß der Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen des verschärften

---

<sup>1</sup> Der Vertrag über die EVG wird am 27. Mai 1952 in Paris zwischen Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik unterzeichnet. Die nationalen Streitkräfte sollen bei gleicher Ausrüstung, Ausbildung und Dienstzeit der Soldaten unter einem gemeinsamen Oberbefehl integriert werden, um die europäische Einigung zu beschleunigen. Dieser Vertrag trägt den französischen Vorbehalten gegen die Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik Rechnung. Die französische Nationalversammlung lehnt am 31. August 1954 den EVG-Vertrag ab. Text des Vertrages, vgl. 40 Jahre Außenpolitik, a.a.O., S. 53ff.

<sup>2</sup> Gerhard Wettig, Bereitschaft zur Einheit in Freiheit?, a.a.O., S. 227.

<sup>3</sup> „Da die Amerikaner Europa kontrollieren wollten, statt ihre Truppen abzuziehen, müsse die DDR zu einem (richtigen) Staat organisiert werden. Das SED-Regime solle ‚ohne Geschrei‘ eine ‚Volksarmee schaffen‘ und der Bevölkerung das Ende der pazifistischen Periode deutlich machen.“ Übersetzt in praktische Taten hieß das: „An die Stelle der bisher vorhandenen 24 Bereitschaftseinheiten mit 58.000 Mann sollte eine vollständige Armee von 300.000 Mann treten, die in 9-10 Korps und 30 Divisionen gegliedert sein würde. Die Ausbildung der militärischen Kader sollte zumindest teilweise in der UdSSR erfolgen.“ Zit. nach: Gerhard Wettig, Bereitschaft zur Einheit in Freiheit?, a.a.O., S. 228.

<sup>4</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk, „Wir werden siegen ...“, a.a.O., S. 192.

Klassenkampfes erfolgt.“<sup>1</sup> Die von Stalin übernommene These von der Verschärfung des Klassenkampfes wurde in dem einstimmig angenommenen Beschluß der Konferenz zu der Aussage verdichtet: „Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“<sup>2</sup> Die neue Generallinie der SED zielte vor allem auf die Durchsetzung „sozialistischer Produktionsverhältnisse“ mittels einer umfassenden Kollektivierung in der Landwirtschaft, dem forcierten Aufbau der Schwerindustrie sowie weiterer Enteignungen kleinerer Handels- und Handwerksbetriebe. Um das dafür notwendige „sozialistische Bewußtsein“ zu stärken, wurde obendrein der Kampf gegen die Kirchen verschärft. Den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen begegnete die gesamte Skala von Drohungen, brutaler Gewalt oder verwaltungshoheitlicher Restriktionen, derer sich Staats- und Parteiführung bedienen konnten. So wurden Einzelbauern, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllten, ins Zuchthaus gesteckt<sup>3</sup> und allen Selbständigen nebst ihren Familien im Frühjahr 1953 der Kranken- und Sozialversicherungsschutz<sup>4</sup> sowie am 9. April die Lebensmittelkarten<sup>5</sup> entzogen. Justizielle Unabhängigkeit, so wie auf dem Papier der ersten DDR-Verfassung garantiert, war in der Praxis nicht existent.<sup>6</sup> Die SED bediente sich der Justiz als Erfüllungsgehilfin zur legitimatorischen Absicherung der innenpolitischen Umwälzungen. Alle oppositionellen Handlungen gegen die Herrschaft der SED ließen sich unter Berufung auf den Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung als „Boykotthetze“ kriminalisieren und entsprechend verfolgen. Implizit gegen das Privateigentum richteten sich solche Verordnungen wie das Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels von 1950 und das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums von 1952. Letzteres erklärte „jeden Widerstand gegen die rücksichtslose Verstaatlichung von Industrie und Handel

---

<sup>1</sup> Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1952, S. 61.

<sup>2</sup> Protokoll der II. Parteikonferenz ..., a.a.O., S. 492.

<sup>3</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945 - 1968, Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 277f. Siehe: auch die im ZK als Vertrauliche Verschlusssache (VVS) geführte und auf Enteignungen zielende „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung“ vom 23.2.53, in: SAPMO BArch DY 30 IV 2/5/41, Blatt 232-236.

<sup>4</sup> Vgl. Gesetzblatt der DDR, Nr. 39, Berlin 1953, S. 463.

<sup>5</sup> Vgl. Gesetzblatt der DDR, Nr. 48, Berlin 1953, S. 543.

<sup>6</sup> „Diese Erkenntnis ist fundamental. Sie schließt aus, das Gesamturteil nach Bereichen im Rechtssystem zu differenzieren, die ‚gut‘ vielleicht sogar vorbildlich waren, in denen mehr oder weniger Unrecht geschah, und solchen, die wenigstens gut gemeint, aber in der Ausführung mißlungen sein mochten. Ein Rechtssystem, das vor allen anderen im Dienst der Macht steht, verfehlt im Kern die allem Recht zugrundeliegende Aufgabe, im Konflikt zwischen Macht und Recht der Macht Schranken zu setzen.“ Zit. nach: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag in 18 Bänden, Baden-Baden 1995, Bd. I, S. 353, künftige zitiert als: Materialien.

sowie gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft zur Straftat.“<sup>1</sup> Neun Monate nach der Verkündung des Sozialismusaufbaus bilanzierte die ZK-Abteilung „Staatliche Verwaltung“ im April 1953 den Beitrag der DDR-Rechtsprechung zur Kollektivierung. Danach waren in der Zeit vom 1.8.1952 bis 31.1.1953 583 Verfahren gegen Großbauern, 311 Verfahren gegen Mittelbauern und 353 Verfahren gegen Kleinbauern durchgeführt worden.<sup>2</sup> Das war nur der Beginn einer Prozeßflut im Kampf gegen das verbliebene private Unternehmertum. In diesem Zusammenhang erlangte die Großaktion „Rose“ traurige Bekanntheit. Im Februar/ März wurden hunderte Hotels, Pensionen, Taxiunternehmen sowie andere gewerbliche Betriebe auf der Insel Rügen unter dem Vorwand überprüft, angeblichen Gesetzesverstößen auf die Spur zu kommen.<sup>3</sup> In einer konzertierten Gemeinschaftsaktion von ZK-Apparat, SED-Bezirksleitung Rostock, Volkspolizei, Justiz, Grenzpolizei, Bezirks- und Kreisleitungen des MfS., Räten der Kreise sowie des FDGB fahndeten mehr als 400 Volkspolizisten in über 700 Betrieben. Nach dem Abschlußbericht zu urteilen, war vornehmlich Enteignung das Ziel dieser Maßnahme.<sup>4</sup> Über 600 Objekte, einschließlich der Grundstücke wurden dabei beschlagnahmt. Zudem Bargeld, Konten, Schmuck und Wertsachen sowie Fahrzeuge aller Art. In der Mehrzahl der Fälle wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und mehr als 400 Festnahmen vorgenommen. Das Ergebnis dieser Großtat waren 399 verhängte Freiheitsstrafen von 1 bis 10 Jahren.<sup>5</sup> Generalstaatsanwalt Josef Streit beschrieb prägnant die Rolle der politischen Justiz bei diesem Vorgang: „Hinsichtlich der Vermögenseinziehung ist zu sagen, daß die gesetzlichen Möglichkeiten (...) konsequent ausgeschöpft wurden.“<sup>6</sup>

Entsprechend stieg die Zahl der Inkaftierten: Binnen zehn Monaten nach der II. Parteikonferenz von 37.000 Strafgefangenen im Juli 1952 auf 47.000 im Mai 1953. Hinzu kamen 20.000 Untersuchungshäftlinge, womit insgesamt ca. 67.000 Menschen im Gefängnis saßen.<sup>7</sup> Allein im ersten Halbjahr 1953 wurden 4.174 Personen wegen sogenannter Staatsverbrechen verurteilt, 26 Urteile mit lebenslanger Haftstrafe sowie 6 Todesurteile ausgesprochen.<sup>8</sup>

Auch die Konfrontation mit den Kirchen eskalierte in den kommenden Monaten. Das Politbüro maß dieser Auseinandersetzung höchste Priorität zu. Am 3. Juni 1952 erhob es die Forderung, daß sämtliche die Kirchen betreffenden Fragen der Parteispitze

---

<sup>1</sup> Materialien, a.a.O., Bd. I, S. 356.

<sup>2</sup> Vgl. den „Bericht über die Tätigkeit der Justizorgane im Kampf gegen feindliche Tätigkeit“, 8.4.1953, in: SAPMO BArch DY 30 IV 2/13/409.

<sup>3</sup> Vgl. den „Abschlußbericht“ der Aktion Rose, Bützow 2.5.1953, 26 Seiten und Anhang, hier Bl. 1, in: SAPMO BArch DY 30 IV 2/13/409.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., Bl. 9.

<sup>5</sup> Vgl. ebd., Bl. 16.

<sup>6</sup> Ebd., Bl. 19.

<sup>7</sup> Politische Strafjustiz in der frühen DDR. Zusammengestellt durch die Landesjustizverwaltungen der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Justizvollzugsanstalt Hohenleuben 1996, S. 18. Vgl. dazu Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 68ff.

<sup>8</sup> Vgl. Werkentin, a.a.O., S. 18.

vorzulegen seien.<sup>1</sup> Drohend hatte Ulbricht auf der II. Parteikonferenz von den Kirchen eine klare Parteinarbeit in der innerdeutschen Auseinandersetzung verlangt: „Die Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik muß sich entschieden lossagen von allen amerikanischen und englischen Agenturen, gleichgültig, ob deren Verbindungsmann Herr Kaiser oder Herr Adenauer ist. Die christliche Moral der Menschlichkeit ist unvereinbar mit der Versklavungspolitik der Adenauer-Regierung und der Herrschaft der amerikanischen, englischen und französischen Okkupanten in West-Deutschland und West-Berlin. Daraus ergibt sich, daß die Vertreter der Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin keinerlei Anweisungen von jenen Kräften annehmen können, die die Geschäfte der amerikanischen Okkupanten besorgen.“<sup>2</sup> Die Vorgabe des SED-Generalsekretärs verwandelte die ZK-Abteilung „Staatliche Verwaltung“ in eine „Analyse über die Politik der Kirchen“, in der die Glaubensgemeinschaften als „Filialen des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus“ denunziert wurden, um gezielt aktive Christen, Pfarrer und Priester kriminalisieren zu können.<sup>3</sup> Von dem exzessiven Kirchenkampf bleibt die Unterdrückung der evangelischen Jugendarbeit, insbesondere die Verfolgung der „Jungen Gemeinde“ nachhaltig in Erinnerung. Mit der Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Maßnahmenplans zum Umgang mit der „Jungen Gemeinde“, die das Sekretariat des ZK am 27.11.1952 beschloß, begann das Ringen um die kirchliche Jugendarbeit. Zwei Monate später billigte das Politbüro die vorgesehenen Maßnahmen, um die Aktivitäten der Jugendorganisation zu unterbinden. Unverzüglich informierte Ulbricht den Chef der SKK, Armeegeneral W. I. Tschuikow, über diese Entscheidung.<sup>4</sup> Eingedenk der neuen Generallinie der SED besaß der zentrale Stellenwert des Kampfes gegen die kirchliche Jugendarbeit seine besondere Plausibilität: „Die Art und Weise, in der die „Junge Gemeinde“ durch den Parteiapparat beurteilt wird, läßt erkennen, daß die SED-Führung die kirchliche Jugendarbeit vor allem als eine ‚Aufweichungs‘-Gefahr für die geplante Aufrüstung der DDR sowie für die verstärkte Ideologisierung der Jugend und den Umbau der FDJ zur Hilfstruppe und ‚Kampfreserve‘ der SED begriff. Da Ulbricht hierin eine wesentliche Voraussetzung für einen forcierten ‚Aufbau des Sozialismus‘ sah, (...) mußte die ‚Junge Gemeinde‘ in der Optik des Parteichefs einen zentralen Bereich der DDR-Politik tangieren und war folglich mit aller Härte zu bekämpfen.“<sup>5</sup> Die Zahl der kirchlich engagierten Jugendlichen, die ihre Schulen verlassen mußten oder in den Westen flohen, ist nicht

---

<sup>1</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 3.6.1952, Tagesordnungspunkt 9: „Kirchenfragen“, in: SAPMO BArch DY 30 J IV 2/2/214.

<sup>2</sup> Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz, a.a.O., S. 44.

<sup>3</sup> Vgl. die „Analyse über die Politik der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik“, Vorlage für das Politbüro, Abt. Staatliche Verwaltung, in: SAPMO-BArch NY 4090/454, Bl. 116-127.

<sup>4</sup> Vgl. Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen der kommunistischen Herrschaftsausübung gegenüber den evangelischen Kirchen 1945-1958, Schriftenreihe des Forschungsverbundes SED-Staat, Berlin 1997, S. 92ff.

<sup>5</sup> Martin Georg Goerner, a.a.O., S. 98.

genau bekannt.<sup>1</sup> Die evangelischen Bischöfe schrieben im April 1953 an SSK-Chef Tschuikow und appellierten an die Besatzungsmacht, den Kirchen zu helfen. Sie beriefen sich dabei auf frühere Absprachen und beklagten die zunehmenden Verfolgungen.<sup>2</sup> In ihrer Erklärung machten sie sich auch zu Fürsprechern derjenigen benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen, die durch die Verschärfungen in Folge der II. Parteikonferenz direkt betroffen waren.

Die Rückwirkungen all dieser Repressalien waren nicht bedacht oder wenn doch, dann billigend in Kauf genommen worden. Der Exodus der Mittelschicht erwies sich innerhalb weniger Monate als wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Bumerang. Funktionierende Handels- und Versorgungsstrukturen waren lediglich einem allein ideologisch begründbaren Sozialismus-Ziel geopfert worden, wogegen sich die systemeigenen Alternativen erst im Embryonalstadium ihrer Entwicklung befanden. Der politische Anspruch der Sozialismus-Proklamation stand in nicht überbrückbarer Diskrepanz zur realen gesellschaftlichen Entwicklung. Besonders das massenhafte Abwandern der Bauern als Folge der Zwangskollektivierungen hinterließ ernste Versorgungslücken, die von den bestehenden Genossenschaften mangels Effizienz und Ertrag in keiner Weise ausgefüllt werden konnten. In den Führungsebenen von Partei und Regierung, mit ihren Versorgungsprivilegien, mochten die wachsenden Engpässe ignorierbar sein, in der Masse der Bevölkerung beförderten sie die Zweifel an der Lebensfähigkeit des Systems umso stärker.

Ein Indikator für die Krise beunruhigte indes auch die Partei-Spitze stärker. Das Ansteigen der Fluchtbewegung wurde zum entscheidenden Auslöser, um Moskau zum Eingreifen zu bewegen. „1952 verließen rund 182.000 Menschen die DDR - 1953 waren es 331.000.“<sup>3</sup> Staatsapparat und Partei mußten sich mit der Flucht als einem ungeplanten Problem beim Aufbau des Sozialismus beschäftigen.<sup>4</sup> Nach Unterlagen des zentralen Parteiapparates verließen im IV. Quartal 1952 insgesamt 41.276 Personen das Land. Das Politbüro versuchte dem entgegenzuwirken, indem es ein Bündel von Maßnahmen beschloß, um die Fluchtbewegung einzudämmen.<sup>5</sup> Trotzdem stieg die Zahl der Flüchtlinge stetig: im März 1953 auf 30.845, was eine Erhöhung der Zahl gegenüber

<sup>1</sup> „Das kirchliche Jahrbuch spricht von ca. 3.000 Schülern (Kirchliches Jahrbuch 1953, S. 138), Grotewohl sprach gegenüber Kirchenvertretern von 712 (Niederschrift vom 10.6.1953).“ Zit. nach: Martin Georg Goerner, a.a.O., S. 103, Fußnote 439.

<sup>2</sup> Der Brief der Bischöfe erreichte auch den DDR-Ministerpräsidenten. Eine Abschrift befindet sich im Nachlaß Grotewohl. „Evangelische Bischöfe der DDR an Armeegeneral Tschuikow“, 9.4.1953, SAPMO-BArch NY 4090/455, Bl. 231-235.

<sup>3</sup> Bericht der Enquete-Kommission, in: Materialien, a.a.O., S. 573.

<sup>4</sup> Vgl. SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/202/68; vgl. auch den „Bericht über die Durchführung von Maßnahmen gegen die Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften in West-Deutschland gem. dem Beschluß des Politbüros vom 6.1.1953“, datiert vom 29.3.1953, SAPMO BArch DY 30 IV 2/13/394, Bl. 1 und ebenda, „Einschätzung über den Stand der Republikflucht und die von den Bezirks- und Kreisleitungen eingeleiteten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und zur Werbung von Fachkräften aus West-Deutschland.“ vom 13.4.1953, Seite 8.

<sup>5</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 6.1.1953, Tagesordnungspunkt 7: „Maßnahmen gegen die Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften aus West-Deutschland“, Berichterstatter: Barth, SAPMO BArch DY 30 J IV 2/2/256.